Alternative für Deutschland
Regionalverband Flensburg-Schleswig

Satzung

vom 20.07.2023

Hinweis

Gemäß § 21 Absatz 1 der Bundessatzung sind die Regelungen der §§ 2 bis 8 sowie § 19 der Bundessatzung (hier § 15) für alle Gliederungen der Partei verbindlich.

Nach jeder Änderung der §§ 2 bis 8 sowie § 19 der Bundessatzung durch den Bundesparteitag muss die entsprechende Regelung der Landessatzung ohne Beschluß eines Landesparteitages der Bundessatzung angepasst werden und ist somit für den Kreisverband (hier Regionalverband) wirksam. Gleiches gilt für weitere Bestimmungen der Bundessatzung, die zukünftig vom Bundesparteitag für allgemeinverbindlich erklärt werden.

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet	Seite 2
§ 2	Mitgliedschaft	Seite 2
§ 3	Förderer	Seite 3
§ 4	Erwerb der Mitgliedschaft	Seite 3
§ 5	Rechte und Pflichten der Mitglieder	Seite 4
§ 6	Beendigung der Mitgliedschaft	Seite 5
§ 7	Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder	Seite 5
§ 8	Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände	Seite 6
§ 9	Gliederung	Seite 7
§ 10	Organe des Regionalverbands	Seite 8
§ 11	Der Regionalparteitag (Regionalmitgliederversammlung)	Seite 8
§ 12	Der Regionalvorstand	Seite 11
§ 13	Wahl von Delegierten zu Bundesparteitagen, Bundesversammlungen u. Landeskonvent	Seite 12
§ 14	Das Schiedsgericht	Seite 13
§ 15	Lobbyismus, Vorstandsamt und Mandat, Abhängigkeiten und Nebentätigkeiten	Seite 14
§ 16	Auflösung und Verschmelzung	Seite 14
§ 17	Satzungsänderung	Seite 15
§ 18	Ordnungen	Seite 15
§ 19	Salvatorische Klausel, Inkrafttreten dieser Satzung	Seite 15

§ 1 – Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet

- (1) Der Regionalverband führt den Namen Alternative für Deutschland (AfD) Flensburg-Schleswig gemäß der Satzung des AfD Landesverbandes Schleswig-Holstein.
- (2) Die Kurzbezeichnung des Regionalverbands lautet AfD Flensburg-Schleswig.
- (3) Der Regionalverband (RV) hat seinen Sitz am Wohnort des Sprechers. Nachdem eine Geschäftsstelle errichtet worden ist, hat der Regionalverband seinen Sitz an der Adresse der Geschäftsstelle.
- (4) Das Tätigkeitsgebiet des Regionalverbands umfasst die kreisfreie Stadt Flensburg und den Kreis Schleswig-Flensburg im Bundesland Schleswig-Holstein.
- (5) Das Wirtschaftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

§ 2 – Mitgliedschaft (Es gilt der nachstehende § 2 der Bundessatzung)

- (1) Jede natürliche Person kann Mitglied der Partei werden, wenn sie das 16. Lebensjahr vollendet hat und die politischen Grundsätze und die Satzung der Partei anerkennt. Personen, die infolge Richterspruchs die Amtsfähigkeit, die Wählbarkeit oder das Wahlrecht nicht besitzen, können nicht Mitglied sein. Zu den politischen Grundsätzen der Partei zählen insbesondere das Bekenntnis zum freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat und die Bejahung der Grundrechte.
- (2) Der Bundesvorstand und die Landesvorstände können allgemeine Regeln für die Mitgliederaufnahme beschließen, die für alle Untergliederungen verbindlich sind. Diese Regeln können auch Kriterien enthalten, wann eine Aufnahme in die Partei nicht möglich ist. Der Konvent kann vom Bundesvorstand beschlossene Regeln ändern und außer Kraft setzen.
- (3) Die gleichzeitige Mitgliedschaft in der AfD und in einer anderen Partei, sonstigen politischen Vereinigung, Wählervereinigung oder deren parlamentarischen Vertretungen ist ausgeschlossen, soweit ein Konkurrenzverhältnis gegeben ist. Ausnahmen kann der Bundesvorstand beschließen. Handelt es sich um eine politische Vereinigung oder Wählervereinigung, die nur innerhalb der Grenzen eines Bundeslands tätig ist, entscheidet der zuständige Landesvorstand; der Bundesvorstand kann der Entscheidung des Landesvorstands widersprechen.
- (4) Personen, die Mitglied einer extremistischen Organisation sind, können nicht Mitglied der Partei sein. Als extremistisch gelten solche Organisationen, welche in einer vom Bundesvorstand beschlossenen und den Gliederungen übermittelten Unvereinbarkeitsliste aufgeführt sind. Der Konvent kann Bewertungen gemäß Satz 2 mit der Mehrheit seiner Mitglieder ändern.
- (5) Personen, die Mitglied einer der in Absatz 4 bezeichneten Organisationen waren, können nur Mitglied der Partei werden, wenn sie darüber im Aufnahmeantrag Auskunft geben und der zuständige Landesvorstand sich nach Einzelfallprüfung mit Zweidrittel seiner Mitglieder für die Aufnahme entscheidet.
- (6) Verschweigt ein Bewerber bei seiner Aufnahme in die Partei eine laufende oder ehemalige Mitgliedschaft in einer in Absatz 4 bezeichneten Organisation, gilt ein gleichwohl getroffener Aufnahmebeschluß als auflösend bedingt, mit der Maßgabe, daß der Wegfall der Mitgliedschaft erst ab Eintritt der Bedingung stattfindet. Auflösende Bedingung ist die Feststellung des Verschweigens durch Beschluß des zuständigen Landesvorstands oder des Bundesvorstandes. Gegen den Beschluß kann der Betroffene binnen zwei Wochen nach Zustellung des Beschlusses Klage beim zuständigen Schiedsgericht erheben. Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung.
- (7) Unabhängig von Absatz 6 stellt das Verschweigen einer laufenden oder ehemaligen Mitgliedschaft in einer nach Absatz 4 in ihrer Gesamtheit oder in Teilen als extremistisch eingestuften Organisation einen

vorsätzlichen Verstoß gegen die Satzung sowie einen erheblichen Verstoß gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei und einen schweren Schaden für das Ansehen der Partei dar.

(8) Die Aufnahme von Personen, die zu einem früheren Zeitpunkt aus der Alternative für Deutschland ausgeschlossen wurden, bedarf der Zustimmung des Bundesvorstands. Die Aufnahme von Personen, die innerhalb eines Jahres nach Austritt einen erneuten Aufnahmeantrag stellen, bedarf der Zustimmung des zuständigen Landesvorstands.

(9) Die Partei besteht gemäß § 2 Absatz 3 Nr. 1 Parteiengesetz zur Mehrheit aus deutschen Staatsbürgern. Dasselbe gilt entsprechend für alle Untergliederungen der Partei.

(10) Mitglied des Regionalverbands ist jedes Mitglied mit angezeigtem Hauptwohnsitz in der kreisfreien Stadt Flensburg oder dem Kreis Schleswig-Flensburg. Ausnahmen werden gemäß schriftlichen Antrag und auf der Grundlage der Satzung des Regionalverbands nach Einzelfallprüfung und Beschlussfassung mit Zweidrittel der Vorstandsmitglieder, die sich für eine Aufnahme aussprechen, entschieden.

(11) Allein der Vorstand des Regionalverbands ist für die Aufnahme von Mitgliedern in seinen Untergliederungen verantwortlich. Zusätzlich zu § 2 Absatz 2 kann der Vorstand des Regionalverbands ein festgelegtes Verfahren für die Aufnahme von Mitgliedern beschließen. Anträge auf Mitgliedschaft können schriftlich oder auf dem elektronischen Wege auf den vorgeschriebenen Formularen der Partei gestellt werden.

(12) Die Mitglieder des Regionalverbands werden von dem Regionalverband verwaltet.

§ 3 – Förderer (Es gilt der nachstehende § 3 der Bundessatzung)

(1) Unterstützer der Partei, die nicht Mitglied werden wollen, können Förderer der Partei werden. Über Beginn und Ende der Fördermitgliedschaft entscheidet das für Mitgliederaufnahme zuständige Organ in sinngemäßer Anwendung der für die Mitgliedschaft geltenden Regeln. Die Fördermitgliedschaft kann jederzeit durch einen Beschluß des zuständigen Landesvorstands aufgehoben werden.

(2) Förderer zahlen einen Förderbeitrag. Der Förderbeitrag entspricht mindestens der Hälfte der in der Finanz- und Beitragsordnung vorgesehenen Mitgliedsbeiträge. Förderer erhalten Mitgliederinformationen und können als Gäste ohne Stimm- und Antragsrecht zu Parteitagungen zugelassen werden. Die zuständigen Parteigremien können beschließen, daß ein Förderer mit beratender Stimme an Fachausschüssen teilnehmen darf. Weitergehende Mitgliederrechte, einschließlich der Anrufung der Schiedsgerichte, können Förderer nicht geltend machen.

§ 4 – Erwerb der Mitgliedschaft (Es gilt der nachstehende § 4 der Bundessatzung)

(1) Die Mitgliedschaft in der Partei wird auf Grundlage dieser Satzung erworben. Mit dem Antrag auf Mitgliedschaft erkennt der Bewerber die Satzung an. Das Original des Aufnahmeformulars muss mit eigenständiger Unterschrift eingereicht werden. Der Aufnahmeantrag kann auch per E-Mail oder über die Internetseiten der AfD gestellt werden. Vor der Aufnahmeentscheidung ist von mindestens zwei Mitgliedern des Regionalvorstands gemäß eines Kriterienkatalogs ein persönliches Gespräch mit dem Antragsteller zu führen, über die Aufnahmeentscheidung befindet der vollzählige Regionalvorstand per Mehrheitsbeschluß. Allein der Vorstand des Regionalverbands ist für die Aufnahme von Mitgliedern mit Hauptwohnsitz in seinem Tätigkeitsgebiet zuständig. Ist der Regionalvorstand nicht beschlussfähig, entscheidet der Landesverband über die Aufnahme.

(2) Stimmt der Regionalvorstand dem Aufnahmeantrag zu, teilt er dies den übergeordneten Gebietsverbänden und der Bundespartei mit. Diese können binne eines Monats der Aufnahme widersprechen. Ist nach Ablauf eines Monats bei der Bundesgeschäftsstelle kein Widerspruch eingegangen,

bestätigt diese dem Bewerber und dem aufnehmenden Gebietsverband die Aufnahme zum fünften auf den der Versendung der Annahmeerklärung folgender Tag. Die Mitgliedschaft beginnt unabhängig vom tatsächlichen Zugang der Annahmeerklärung am fünften auf die Versendung der Annahmeerklärung folgenden Tag. Das Datum des Beginns der Mitgliedschaft ist in der Annahmeerklärung zu bezeichnen. Die Annahmeerklärung ist vom zuständigen Landesvorstand oder vom Bundesvorstand mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen, wenn sie auf der Aufnahmeentscheidung eines nicht zuständigen Gebietsverbands beruht oder wenn der Bewerber in seinem Aufnahmeantrag oder sonst zu entscheidungserheblichen Fragen falsche Angaben gemacht oder wesentliche Umstände verschwiegen hat.

(3) Die Ablehnung des Aufnahmeantrags muß gegenüber dem Antragsteller nicht begründet werden.

(4) Im Mitgliedsantrag muß vollständige Auskunft über frühere Mitgliedschaften in Parteien und sonstigen politischen Gruppierungen gegeben werden. Unvollständige oder unrichtige Auskünfte sind je nach Schwere mit Parteiordnungsmaßnahmen gemäß § 7 zu ahnden. § 2 Absatz 6 bleibt unberührt.

(5) Soweit sich aus den nachfolgenden Regelungen nichts Abweichendes ergibt, sind Mitglieder grundsätzlich dem Gebietsverband zugehörig, in dessen Gebiet sich ihr melderechtlicher Hauptwohnsitz befindet. Bei einem Wechsel des Hauptwohnsitzes hat das Mitglied den Wohnsitzwechsel unverzüglich dem bisherigen und dem neuen Gebietsverband anzuzeigen.

(6) In Ausnahmefällen kann ein Mitglied bei Vorliegen eines sachlichen Grunds beantragen, aus seinem Gebietsverband auszuscheiden und stattdessen Mitglied in einem anderen zu werden, wenn die aktive Teilnahme am Parteileben aufgrund objektiver Umstände ansonsten nicht möglich wäre. Der Wechsel bedarf der Zustimmung des Vorstands des aufnehmenden Gebietsverbands und des zuständigen Landesvorstands. Die Landesverbände können in ihren Satzungen Näheres regeln.

(7) Deutsche, die ihren Wohnsitz außerhalb Deutschlands haben, sind regelhaft nur Mitglieder des Bundesverbands. Über ihre Aufnahme entscheidet der Bundesvorstand. Diese Mitglieder haben das Recht, eine Mitgliedschaft in einem untergeordneten Gebietsverband in sinngemäßer Anwendung von Absatz 6 zu beantragen.

§ 5 – Rechte und Pflichten der Mitglieder (Es gilt der nachstehende § 5 der Bundessatzung)

(1) Jedes Mitglied hat das Recht und die Pflicht, im Rahmen dieser Satzung und der Satzung seines Landesverbands die Zwecke der Alternative für Deutschland zu fördern. Jedes Mitglied hat das Recht, an der politischen Willensbildung, an Wahlen und Abstimmungen im Rahmen der Satzungen teilzunehmen und sich an der politischen und organisatorischen Arbeit der Partei zu beteiligen.

(2) Alle Mitglieder haben gleiches Stimmrecht. Stimmrechte sind persönlich auszuüben und nicht übertragbar. Einschränkungen des aktiven oder passiven Wahlrechts durch sogenannte Quotenregelungen sind sowohl bei Wahlen zu innerparteilichen Ämtern als auch bei der Aufstellung von Kandidaten zu öffentlichen Wahlen ausnahmslos unzulässig.

(3) Mitglieder sind nur in Gliederungen der Partei, denen sie selbst angehören, als Vorstandsmitglied, Delegierter und in sonstige Parteiämter wählbar. Mit dem Ende der Mitgliedschaft in einer Gliederung enden auch sämtliche durch Wahl in dieser Gliederung erworbenen Parteiämter.

(4) Mitglieder sind dafür verantwortlich, Änderungen ihrer Postanschrift oder Änderungen ihrer E-Mail-Adresse der zuständigen Parteigliederung innerhalb von vierzehn Tagen zu melden. Die Mitglieder müssen sicherstellen, dass Nachrichten der Partei von ihnen in angemessener Frist zur Kenntnis genommen werden.

§ 6 – Beendigung der Mitgliedschaft (Es gilt der nachstehende § 6 der Bundessatzung)

(1) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Ausschluß, Verlust oder Aberkennung der Wählbarkeit oder des Wahlrechts und bei Ausländern durch Aufgabe des Wohnsitzes in Deutschland.

(2) Jedes Mitglied ist jederzeit zum sofortigen Austritt aus der Partei berechtigt. Der Austritt muß schriftlich oder per E-Mail erfolgen und an den Vorstand desjenigen Gebietsverbands gerichtet werden, der für die Mitgliedsaufnahme gemäß § 4 Absatz 1 zuständig ist.

(3) Die Mitgliedschaft endet außerdem im Falle der Nichtzahlung des Mitgliedsbeitrags, wenn

- (a) wegen eines Betrags, der zwei Monatsbeiträge übersteigt, Verzug eingetreten ist,
- (b) daraufhin eine schriftliche oder elektronische Zahlungserinnerung versandt wurde,
- (c) frühestens einen Monat nach Versand der Zahlungserinnerung eine zweite Mahnung per Einschreiben erfolgt ist, in der auf die Rechtsfolgen der Nichtzahlung hingewiesen worden ist und
- (d) der Rückstand einen Monat nach Zugang der zweiten Mahnung nicht vollständig ausgeglichen ist.

Der zuständige Landesvorstand oder der Bundesvorstand stellt die Beendigung der Mitgliedschaft fest und hat dies dem ausgeschiedenen Mitglied schriftlich oder per E-Mail mitzuteilen.

(4) Die Beendigung der Mitgliedschaft und deren Zeitpunkt ist dem bisherigen Mitglied mitzuteilen. Nach Fälligkeit gezahlte Mitgliedsbeiträge werden nicht, auch nicht anteilig erstattet.

§ 7 – Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder (Es gilt der nachstehende § 7 der Bundessatzung)

(1) Ordnungsmaßnahmen können von dem Vorstand des für das Mitglied zuständigen Kreisverbands und der übergeordneten Verbände verhängt bzw. beantragt werden. Die Landessatzungen können Regelungen für Gliederungen unterhalb der Kreisebene schaffen. Gegen Mitglieder des Vorstands eines Gebietsverbands können Ordnungsmaßnahmen nur von einem übergeordneten Vorstand, gegen Mitglieder eines Landesvorstands oder eines Landesschiedsgerichts nur vom Landesvorstand oder dem Bundesvorstand, gegen Mitglieder des Bundesvorstands oder des Bundesschiedsgerichts nur vom Bundesvorstand verhängt bzw. beantragt werden.

(2) Eine Abmahnung nach Absatz 3 setzt einen von dem zuständigen Vorstand gefaßten Beschluß voraus; der Antrag auf weitergehende Ordnungsmaßnahmen nach Absatz 4 oder 5 bedarf eines mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßten Beschlusses.

(3) Verstößt ein Mitglied gegen die Satzung oder gegen Grundsätze oder die Ordnung der Partei, kann der zuständige Vorstand eine Abmahnung aussprechen. In der schriftlich zu begründenden Abmahnung ist das Mitglied darauf hinzuweisen, daß das beanstandete Verhalten im Wiederholungsfall oder ein vergleichbares Verhalten weitergehende Ordnungsmaßnahmen nach sich ziehen können. Es gilt eine Ausschlußfrist von zwei Monaten. Sie beginnt, sobald der Vorstand von den maßgeblichen Umständen Kenntnis erlangt hat.

(4) Verstößt ein Mitglied gegen die Satzung oder gegen die Grundsätze oder Ordnung der Partei und fügt es der Partei dadurch einen Ansehensverlust oder in anderer Weise einen Schaden zu, so kann der zuständige Vorstand bei dem für das Mitglied zuständigen Landesschiedsgericht eine oder beide der folgenden Maßnahmen beantragen:

- (a) Enthebung aus einem Parteiamt,
- (b) Aberkennung der Fähigkeit, ein bestimmtes Parteiamt oder jegliches Parteiamt zu bekleiden, bis zur Höchstdauer von zwei Jahren.

Es gilt eine Ausschlußfrist von vier Monaten. Sie beginnt, sobald der Vorstand von den maßgeblichen Umständen Kenntnis erlangt hat.

(5) Verstößt ein Mitglied vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen die Grundsätze oder Ordnung der Partei und fügt es der Partei dadurch einen schweren Schaden zu, kann der zuständige Vorstand bei dem für das Mitglied zuständigen Landesschiedsgericht den Parteiausschluß beantragen. Es gilt eine Ausschußfrist von 6 Monaten. Sie beginnt, sobald der Vorstand von den maßgeblichen Umständen Kenntnis erlangt.

(5a) Erheblich gegen die Ordnung der Partei verstößt insbesondere, wer seinen Pflichten als Mitglied beharrlich dadurch nicht nachkommt, daß er über einen Zeitraum von mehr als drei Monaten und trotz Mahnung seine persönlichen Mitgliedsbeiträge oder seine etwaigen weiteren, satzungsrechtlich festgelegten Beiträge als Mandatsträger der AfD nicht entrichtet.

(6) Die Ordnungsmaßnahme muß zu dem Verstoß und dem Schaden in angemessenem Verhältnis stehen. Anstatt der beantragten kann das Schiedsgericht auch eine mildere Ordnungsmaßnahme verhängen. Ordnungsmaßnahmen dürfen nicht zum Zweck einer Einschränkung der innerparteilichen Meinungsbildung und Demokratie ergriffen werden.

(7) Ist ein Antrag auf Ordnungsmaßnahmen nach Absatz 5 gestellt und liegt ein dringender und schwerwiegender Fall vor, der ein sofortiges Eingreifen erfordert, so kann der zuständige Landesvorstand oder der Bundesvorstand durch einen von zwei Dritteln seiner Mitglieder gefassten Beschluß den Antragsgegner bis zur Entscheidung des Schiedsgerichts in der Hauptsache von der Ausübung seiner Rechte (z.B. eines Parteiamtes) ausschließen. Die Maßnahme wird mit Bekanntgabe gegenüber dem Betroffenen wirksam.

(8) Der Vorstand hat im Fall des Absatz 7 die Eilmaßnahme binnen drei Tagen ab Bekanntgabe schriftlich zu begründen und beim Schiedsgericht ihre Bestätigung zu beantragen. Das Schiedsgericht hat dem Antragsgegner unverzüglich, längstens aber binnen einer Woche, die Begründung zuzustellen und Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Nach Eingang der Stellungnahme hat das Schiedsgericht binnen zwei Wochen über die Aufrecht-erhaltung oder Aufhebung der Eilmaßnahme zu entscheiden. Die Eilmaßnahme bleibt bis zu einer etwaigen Aufhebung in Kraft.

(9) Einem Schiedsgerichtsverfahren, das Ordnungsmaßnahmen betrifft, können die dem antragstellenden Vorstand übergeordneten Vorstände beitreten.

§ 8 – Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände (Es gilt der nachstehende § 8 der Bundessatzung)

(1) Verstößt ein Gebietsverband oder Gebietsvorstand schwerwiegend gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei, sind folgende Ordnungsmaßnahmen gegen nachgeordnete Gebietsverbände möglich:

- (a) Amtsenthebung seines Vorstands,
- (b) Auflösung des Gebietsverbands.

(2) Als schwerwiegender Verstoß gegen die Ordnung und die Grundsätze der Partei ist es zu werten, wenn ein Gebietsverband oder ein Gebietsvorstand

- (a) die Bestimmungen der Satzung beharrlich mißachtet,
- (b) Beschlüsse übergeordneter Parteiorgane nicht durchführt, obwohl in ihnen Ordnungsmaßnahmen angedroht wurden, oder
- (c) in wesentlichen Fragen gegen die politische Zielsetzung der Partei handelt.

(3) Die Ordnungsmaßnahmen werden von dem übergeordneten Landesvorstand oder dem Bundesvorstand mit Zweidrittelmehrheit beschlossen und treten sofort in Kraft. Maßnahmen eines Landesvorstands müssen vom nächsten zugehörigen Landesparteitag und Maßnahmen des Bundesvorstands vom nächsten Bundesparteitag mit einfacher Mehrheit bestätigt werden, ansonsten tritt die Maßnahme außer Kraft. Zur Befassung mit einer solchen Entscheidung ist die Einhaltung einer Antragsfrist entbehrlich, sofern die

Maßnahme innerhalb der Antragsfrist verhängt wurde. Gegen die Ordnungsmaßnahme ist die Anrufung des zuständigen Schiedsgerichts möglich. Sie hat keine aufschiebende Wirkung. Das Schiedsgericht kann auf Antrag die aufschiebende Wirkung anordnen.

§ 9 – Gliederung

(1) Gemäß § 9 (1) b) der Landessatzung der AfD Schleswig-Holstein ist der Regionalverband Flensburg-Schleswig eine Sonderform von Kreisverbänden und hat den gleichrangigen Status von Kreisverbänden im Landesverband der AfD Schleswig-Holstein.

(2) Der Tätigkeitsbereich des Regionalverbands AfD Flensburg-Schleswig umfasst das gesamte Gebiet des Kreises Schleswig-Flensburg und der kreisfreien Stadt Flensburg, beide im Bundesland Schleswig-Holstein. Der Regionalvorstand hat Satzungs-, Personal- und Finanzautonomie, ist für die Aufnahme und Verwaltung von Mitgliedern sowie Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder im Regionalverband zuständig. Die Regionalmitgliederversammlung wählt den Direktkandidaten für den Bundestagswahlkreis Flensburg-Schleswig.

(3) Der Regionalverband gliedert sich in zwei nachgeordnete und gleichrangige Gebietsverbände, die durch Beschluß des Regionalvorstandes gegründet werden können. Der eine Gebietsverband ist der Kreisverband Schleswig-Flensburg, dessen Tätigkeitsbereich mit dem Kreis Schleswig-Flensburg übereinstimmt. Der andere Gebietsverband wird von den geographischen Grenzen der kreisfreien Stadt Flensburg bestimmt. Die Gründung eines Kreisverbandes Schleswig-Flensburg oder eines Stadtverbandes Flensburg bedingt nicht zwingend die zeitgleiche Gründung des anderen. Beide Gebietsverbände haben Satzungs- und Personalautonomie, und können dem Regionalvorstand die Aufnahme und Ordnungsmaßnahmen von Mitgliedern empfehlen. Nur der Regionalvorstand kann Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg und des Stadtverbandes Flensburg wie auch deren nachgeordneten Gebietsvorstände ergreifen. Parteitage des Kreis- und Stadtverbandes beschließen Kandidatenlisten in ihrem Tätigkeitsgebiet. Mit Genehmigung des Regionalschatzmeisters können der Kreis- und der Stadtverband Kleinkassen anlegen, und prüft der Regionalschatzmeister zusammen mit dem Rechnungsprüfer einmal im Jahr Einnahmen, Ausgaben und Kassenbestände. Spenden, die beim Kreis- oder Stadtverband eingehen, werden zeitnah an den Regionalschatzmeister weitergeleitet, der diese ordnungsgemäß verbucht und Spendenquittungen erstellt.

(4) Durch einen vorhergehenden Beschluß des Regionalvorstandes kann der Kreisverband Schleswig-Flensburg nachgeordnete Gebietsverbände in den geographischen Grenzen der Kreisstadt Schleswig, kreisangehörigen Ortschaften und den Ämtern des Kreises Schleswig-Flensburg gründen, und der Stadtverband Flensburg in den Wahlbezirken der kreisfreien Stadt Flensburg. Die nachgeordneten Gebietsverbände des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg und des Stadtverbandes Flensburg genießen Satzungs- und Personalautonomie, und schlagen Kandidatenlisten in ihrem Tätigkeitsgebiet vor. Mit Genehmigung des Regionalschatzmeisters können nachgelagerte Gebietsverbände des Kreis- und Stadtverbandes Kleinkassen anlegen, und prüft der Regionalschatzmeister zusammen mit dem Rechnungsprüfer zweimal im Jahr Einnahmen, Ausgaben und Kassenbestände. Spenden, die bei nachgelagerten Gebietsverbänden des Kreis- oder Stadtverbands eingehen, werden zeitnah an den Regionalschatzmeister weitergeleitet, der diese ordnungsgemäß verbucht und Spendenquittungen erstellt.

(5) Gemäß § 9 (2) der Landessatzung Schleswig-Holstein müssen nachgeordnete Gebietsverbände bei Gründung mindestens fünf Mitglieder haben, die ihren Hauptwohnsitz innerhalb der räumlichen Grenzen eines nachgeordneten Gebietsverbands haben. Sofern die Mitgliederzahl auf weniger als drei sinkt, kann der nachgelagerte Gebietsverband auf einfachen Beschluß des Regionalvorstandes aufgelöst werden. Der Regionalvorstand informiert den Landesverband unverzüglich über die Neugründung oder Auflösung eines Verbandes sowie über die gewählten Vorstandsmitglieder einschließlich ihrer Kontaktdaten.

(6) Die Satzung des Kreisverbands Schleswig-Flensburg und des Stadtverbands Flensburg und aller nachgeordneten Gebietsverbände dürfen der Satzung des Regionalverbandes Flensburg-Schleswig nicht widersprechen. Die Satzungen sind beim Regionalverband zu hinterlegen.

(7) Alle dem Regionalverband nachgelagerten Gebietsverbände geben dem jeweiligen Regionalvorstand rechtzeitig Kenntnis über geplante Parteitage. Die Mitglieder des Regionalvorstands haben bei Parteitag aller, die Kreisvorstände Schleswig-Flensburg und die Flensburger Stadtverbandsvorstände nur auf denen ihnen jeweils nachgelagerten Gebietsverbänden, Rederecht.

(8) Der Kreisverband Schleswig-Flensburg und der Stadtverband Flensburg und ihre nachgelagerten Gebietsverbände stellen dem Regionalvorstand die Protokolle ihrer Mitgliederversammlungen im Rahmen der satzungsmäßigen Fristen zur Verfügung und informieren unverzüglich über die Ergebnisse von Wahlen, personelle Veränderungen und die Kontaktdaten der gewählten Vorstandsmitglieder.

(9) Haben nachgelagerte Organe des Regionalverbandes Flensburg-Schleswig keinen Vorstand oder ist der gewählte Vorstand beschluss- oder handlungsunfähig, so kann der Regionalvorstand mit einer Ladungsfrist von vier Wochen bei dem Kreisverband Schleswig-Flensburg und dem Stadtverband Flensburg, und zwei Wochen bei ihren nachgelagerten Gebietsverbänden, zu einem Parteitag einladen, auf dem ein neuer bzw. beschluss- oder handlungsfähiger Vorstand zu wählen ist.

(10) Zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlkämpfen zur EU-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahl bildet der Regionalvorstand einen Wahlkampfausschuss in dem die Gliederungen vertreten sind.

(11) Im Innenverhältnis haftet der Regionalverband für Verbindlichkeiten eines nachgeordneten Gebietsverbandes nur, wenn er dem die Verpflichtung begründenden Rechtsgeschäft zugestimmt hat.

§ 10 – Organe des Regionalverbands

Die Organe des Regionalverbands sind:

- a. der Regionalparteitag (Regionalmitgliederversammlung)
- b. der Regionalvorstand

§ 11 – Der Regionalparteitag (Regionalmitgliederversammlung)

Allgemeines

(1) Der Regionalparteitag (Regionalmitgliederversammlung) ist das oberste Organ des Regionalverbandes. Er ist als ordentlicher Regionalparteitag mindestens einmal jährlich oder als außerordentlicher Regionalparteitag einzuberufen.

(2) Der Regionalparteitag findet grundsätzlich als Mitgliederparteitag statt. Die Mitglieder des Regionalvorstandes sind kraft Satzung Mitglieder des Regionalparteitages. Sie sind dabei gemäß § 9 Absatz 2 Parteiengesetz nur bis zu einem Fünftel der satzungsgemäßen Gesamtzahl der Versammlungsmitglieder mit Stimmrecht ausgestattet.

(3) Mitglieder, die für die zurückliegende Zeit ihrer Mitgliedschaft mit ihren Mitgliedsbeiträgen für mindestens drei Monate säumig sind, haben auf dem Regionalparteitag kein Stimmrecht und finden bei der Berechnung der Mitglieder nach Absatz (2) keine Berücksichtigung.

(4) Mitglieder in Aufnahme und Mitglieder anderer Kreisverbände dürfen an dem Regionalparteitag teilnehmen, haben mittels eines einfachen Mehrheitsbeschlusses der Regionalmitgliederversammlung Rederecht, aber haben kein Stimmrecht.

(5) Ein Regionalparteitag beschließt eine Geschäftsordnung für Mitgliederversammlungen und Parteitage, die mit einfacher Mehrheit der Mitglieder angenommen oder geändert werden kann.

Aufgaben

(6) Aufgaben des Regionalparteitags sind die Beratung und Beschlussfassung über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen des Regionalverbands. Der Regionalparteitag wählt den Regionalvorstand, die Rechnungsprüfer, die stellvertretenden Rechnungsprüfer, und die Delegierten zum Bundesparteitag und dem Landeskongress. Die Regionalmitgliederversammlung beschließt die Regionalsatzung sowie Kandidatenlisten und Wahlprogramme, so diese nicht von nachgelagerten Organen im Regionalverband beschlossen werden können. Der Regionalparteitag ist befugt jegliche Entscheidungskompetenz an sich zu ziehen und auch dem Regionalvorstand Weisungen zu erteilen, soweit dieses der Satzung nicht widerspricht.

(7) Der Regionalparteitag nimmt jährlich den Tätigkeits- und Finanzbericht des Regionalvorstandes für das vorherige Kalenderjahr entgegen. Dieser entscheidet anschließend auf Basis von sowohl Tätigkeits- wie des Finanzberichts über die Entlastung des Regionalvorstands.

Einberufung

(8) Ein ordentlicher Regionalparteitag wird mindestens einmal im Jahr vom Regionalvorstand unter Mitteilung der vorläufigen Tagesordnung, Tagungsort, Datum und Uhrzeit mit einer Frist von vier Wochen an die Mitglieder schriftlich einberufen. Eine Einladung per E-Mail ist möglich, sofern das Mitglied eine E-Mail Adresse hinterlegt hat. Die zum Verständnis der Tagesordnungspunkte erforderlichen Unterlagen sind mit zugänglich zu machen. Anträge zur Regionalmitgliederversammlung sind beim Regionalvorstand mit einer Frist von zwei Wochen vor dem Regionalparteitag einzureichen. Im Falle einer Verlegung muss in der gleichen Art eingeladen und eine Frist von zwei Wochen gewahrt werden. Diese Fristen gelten nicht für die Gründungsversammlung.

(9) Mindestens sieben stimmberechtigte Mitglieder können bis zu zwei Wochen und einem Tag vor dem Regionalparteitag eine Ergänzung der vorläufigen Tagesordnung um weitere Tagesordnungspunkte beim Regionalvorstand beantragen. Anträge per E-Mail sind zulässig. Dem Antrag ist eine Begründung beizufügen, welche den Mitgliedern mit einer Frist von zwei Wochen vor dem Regionalparteitag mitzuteilen ist. Der Regionalvorstand kann dem Antrag eine eigene Stellungnahme beifügen. Zur Aufnahme ergänzender Tagesordnungspunkte bedarf es einer einfachen Mehrheit auf dem Regionalparteitag. Später eingegangene Ergänzungsanträge zur Tagesordnung bedürfen zur Aufnahme in die Tagesordnung einer Zweidrittelmehrheit.

(10) Außerordentliche Regionalparteitage müssen durch den Regionalvorstand unverzüglich einberufen werden, wenn dies schriftlich unter Angabe der Beratungsgegenstände beantragt wird:

- a. durch Beschluß des Regionalvorstandes
- b. durch Antrag von sieben stimmberechtigten Mitgliedern.

Dem Regionalvorstand ist vor der Beschlussfassung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen; sie kann in besonders eilbedürftigen Fällen bis auf sieben Tage verkürzt werden. Anträge zur Änderung der Tagesordnung können innerhalb von fünf Tagen nach Versand der Einladung schriftlich beim Regionalvorstand eingereicht werden, und bedürfen zur Aufnahme in die Tagesordnung einer Zweidrittelmehrheit. Anträge per E-Mail sind zulässig. Weitere Ergänzungsanträge zur Tagesordnung eines außerordentlichen Parteitags sind nicht zulässig.

(11) Zwischen zwei außerordentlichen Regionalparteitagen muss ein Mindestzeitraum von sechs Monaten liegen, es sei denn, der Regionalvorstand beschließt einen kürzeren zeitlichen Abstand.

(12) Wenn aufgrund einer Empfehlung einer Behörde der Bundesrepublik Deutschland eine Regionalmitgliederversammlung notwendig wird, kann diese auch mit einer verkürzten Einladungsfrist von drei Tagen einberufen werden. Auf dieser Versammlung dürfen lediglich die empfohlenen Beschlüsse gefasst werden.

Eröffnung, Tagesordnung

(13) Der Regionalparteitag oder außerordentliche Regionalparteitag wird durch einen Vertreter des Regionalvorstandes eröffnet und dessen Aufgabe ausschließlich darin besteht um die Wahl eines Versammlungsleiters durchzuführen. Zur Vervollständigung der Versammlungsleitung führt der Versammlungsleiter die Wahl stellvertretender Versammlungsleiter und des / der Protokollführer durch. Einfache Mehrheiten sind jeweils für die Wahl erforderlich.

(14) Nach der Wahl der Versammlungsleitung beschließt der Regionalparteitag mit einfacher Mehrheit über die endgültige Tagesordnung. Hierzu können Tagesordnungspunkte gestrichen, die Reihenfolge geändert, oder gemäß Absatz (9) bzw. (10) beantragte Tagesordnungspunkte aufgenommen werden.

Wahlen

(15) Der Regionalparteitag wählt mit einfacher Mehrheit für zwei Jahre den Regionalvorstand, die Rechnungsprüfer und ihre Stellvertreter. Die Mitglieder des Regionalvorstandes werden von der Regionalmitgliederversammlung in geheimer, gleicher und unmittelbarer Wahl gewählt, die Rechnungsprüfer und deren Stellvertreter können in einer offenen Wahl gewählt werden. Die Briefwahl ist nicht möglich. Der Regionalvorstand bleibt bis zur Wahl eines neuen Regionalvorstands im Amt.

(16) Der Regionalparteitag wählt auch mit einfacher Mehrheit gemäß § 13 dieser Satzung (§ 17 der Landessatzung) die dem Regionalverband zustehenden Delegierten und Ersatzdelegierten zu Bundeswahlversammlungen, Bundesparteitagen und dem Landeskonvent.

(17) Weiterhin wählt der Regionalparteitag mit einfacher Mehrheit den Direktkandidaten für den Bundestagswahlkreis Flensburg-Schleswig.

(18) Zum Mitglied des Regionalvorstands, als Rechnungsprüfer und ihrer Stellvertreter, die in Absatz (16) genannten Delegierten und Ersatzdelegierten und den in Absatz (17) genannten Direktkandidaten können auch abwesende Mitglieder gewählt werden, wenn sie vor der Wahl gegenüber dem Regionalvorstand schriftlich und mindestens 1 Woche vor dem Regionalparteitag ihre Kandidatur und die Annahme der Wahl erklärt haben. Ausnahmen von dieser Frist können nur per Einzelfallentscheidung durch den geschäftsführenden Regionalvorstand aufgrund triftiger Hinderungsgründe genehmigt werden.

(19) Der Regionalparteitag kann mit Zweidrittelmehrheit den Regionalvorstand oder einzelne seiner Mitglieder abwählen. Ein Antrag auf Abwahl kann nur gestellt werden, wenn er begründet ist, mindestens zwei Wochen vor Beginn des Regionalparteitages beim Regionalvorstand eingegangen und von mindestens zehn Mitgliedern namentlich unterzeichnet ist. Der Regionalvorstand hat unverzüglich alle stimmberechtigten Mitglieder auf den Eingang eines Antrags auf Abwahl hinzuweisen.

(20) Ist eine Nachwahl aufgrund vorzeitigen Ausscheidens oder einer Abwahl erforderlich, erfolgt diese nur für den Rest der laufenden Amtszeit.

Beschlussfassung

(21) Ein ordentlicher oder außerordentlicher Regionalparteitag ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlußfähig, wenn zu dieser Versammlung ordnungsgemäß eingeladen wurde, und die Zahl von 10% der Mitglieder anwesend sind, eine mathematische Abrundung findet nicht statt. Eine Einladung per E-Mail ist möglich.

(22) Der Regionalparteitag trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit, soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist.

(23) Entscheidungen über die Auflösung des Regionalverbands bedürfen einen Beschluß eines Regionalparteitags und eine Dreiviertelmehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Über einen Antrag auf Auflösung kann nur abgestimmt werden, wenn er mindestens drei Wochen vor Beginn des

Regionalparteitags beim Regionalvorstand eingegangen ist.

Sonstiges

(24) Der Regionalparteitag und seine Beschlüsse werden durch eine vom Regionalparteitag gewählte Person protokolliert. Die Beschlüsse und Protokolle des Regionalparteitags werden durch den Regionalsprecher und den Protokollführer unterzeichnet, und sind den Mitgliedern des Regionalverbands binnen sechs Wochen schriftlich oder per E-Mail zuzustellen.

§ 12 – Der Regionalvorstand

(1) Der Regionalvorstand besteht aus

- (a) einem Regionalsprecher
- (b) einem stellvertretenden Regionalsprecher
- (c) einem Regionalschatzmeister
- (d) einem stellvertretenden Regionalschatzmeister und
- (e) drei Beisitzern.

(2) Die Anzahl der Beisitzer kann geändert werden. Hierüber entscheidet der Regionalparteitag mit einfacher Mehrheit unmittelbar vor der Wahl des Regionalvorstands.

(3) Die Mitglieder des Regionalvorstands werden von einer Regionalmitgliedsversammlung in geheimer und gleicher Wahl mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt. Der Regionalvorstand bleibt bis zur Wahl eines neuen Regionalvorstands im Amt.

(4) Der Regionalvorstand kann bis zu zwei weiteren Mitgliedern als Berater ohne Stimmrecht für eine laufende Amtszeit kooptieren.

(5) Der Regionalvorstand darf gemäß den gesetzlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland (PartG § 2, Satz 3) nicht mehrheitlich mit Mitgliedern ohne deutsche Staatsbürgerschaft besetzt werden.

(6) Die Erteilung eines politischen Mandats an ein Vorstandsmitglied führt zum Ausscheiden aus dem Vorstand, wenn es sich um ein hauptamtlich wahrzunehmendes Mandat handelt oder das Vorstandsmitglied erfahrungsgemäß seine Aufgaben in dem Regionalvorstand durch die Erteilung eines Mandats nicht mehr ordentlich ausführen könnte.

(7) Der Regionalvorstand ist handlungsfähig wenn mindestens vier Personen im Amt sind, zu denen der Regionalsprecher oder dessen Stellvertreter, und der Regionalschatzmeister oder dessen Stellvertreter zählen. Sind gleichzeitig beide der Regionalsprecher und sein Stellvertreter, oder der Regionalschatzmeister und sein Stellvertreter vorzeitig aus dem Amt geschieden, ist unverzüglich ein Regionalparteitag oder außerordentlicher Regionalparteitag einzuberufen, auf dem eine Vorstandsnachwahl vorzunehmen ist.

(8) Ist eine Nachwahl aufgrund vorzeitigen Ausscheidens oder einer Abwahl erforderlich, erfolgt diese nur für den Rest der laufenden Amtszeit.

(9) Die Regionalmitgliederversammlung kann mit Dreiviertelmehrheit den Regionalvorstand oder einzelne seiner Mitglieder abwählen.

(10) Nur der Landesvorstand kann gemäß § 8 Ordnungsmaßnahmen gegen den Regionalvorstand oder einzelne seiner Mitglieder ergreifen.

(11) Die Mitglieder des Regionalvorstandes sind die gesetzlichen Vertreter des Regionalverbands (Vorstand gemäß § 26 BGB).

(12) Der Regionalschatzmeister ist für die Finanz- und Vermögensverwaltung, die Haushaltsbewirtschaftung, die Spendenakquise sowie die Rechenschaftslegung sowie die unter § 9 Absatz (3) und (4) genannten Aufgaben zuständig. Der Regionalschatzmeister berichtet dem Regionalvorstand regelmäßig und umfassend über alle finanziellen Angelegenheiten des Regionalverbands.

(13) Der Regionalvorstand tritt mindestens einmal im Monat persönlich oder per fernmündlicher Konferenz zusammen. Der Regionalvorstand wird von dem Sprecher oder dessen Stellvertreter schriftlich oder per E-Mail mit einer Frist von einer Woche unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes zu einer Präsenzsitzung einberufen. Bei außerordentlichen Anlässen kann die Einberufung auch unter Verzicht von Form und Fristen erfolgen. Abstimmungen können auch elektronisch im Umlaufverfahren durchgeführt werden.

(14) Beschlüsse gelten, soweit nicht anders geregelt, mit einfacher Mehrheit und wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder des Regionalvorstands anwesend sind bzw. fernmündlich teilnehmen. Bei Stimmgleichheit gelten Anträge als abgelehnt. Abstimmungen und Beschlüsse einer fernmündlichen Konferenz und die Ergebnisse von Umlaufbeschlüssen müssen auf der nächsten Präsenzsitzung des Regionalvorstands bestätigt und protokolliert werden.

(15) Der Regionalvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, in der auch die Bestimmungen für fernmündliche Konferenzen und Umlaufverfahren zu regeln sind.

(16) Der Regionalvorstand versteht sich als Kollegialorgan und übt seine Aufgaben gemeinschaftlich und einvernehmlich aus.

(17) Der Regionalvorstand leitet den Regionalverband und vertritt diesen nach innen und nach außen. Er beschließt über alle das Regionalgebiet betreffenden organisatorischen und politischen Fragen im Sinne der Beschlüsse des Regionalparteitags.

(18) Der Regionalvorstand fördert eine angemessene Teilnahme aller Mitglieder in dem Regionalverband an der innerparteilichen Information und Meinungsbildung, auch durch nutzerfreundliche, internetbasierte Kommunikationsformen.

(19) Alle Vorstandsmitglieder haben sich mit ihrer Arbeitskraft zum Wohle der Partei und zum Wohle des Deutschen Volkes ihren Aufgaben zu widmen. Die Regionalvorstandsmitglieder sind hinsichtlich aller ihnen bekanntwerdenden Parteiinterna zur absoluten Verschwiegenheit nach außen hin verpflichtet.

(20) Der Regionalvorstand kann zur Vollziehung seiner Beschlüsse und für die allgemeine Verwaltung des Regionalverbandes einen Geschäftsführer ernennen. Dafür ist die Zustimmung der Regionalmitgliederversammlung notwendig. Der Geschäftsführer muss nicht Mitglied des Regionalvorstands sein. Ist der Geschäftsführer kein gewähltes Mitglied des Regionalvorstands, nimmt er ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Regionalvorstands teil.

§ 13 – Wahl von Delegierten zu Bundesparteitagen, Bundeswahlversammlungen und Landeskonvent (Es gilt der nachstehende § 17 der Landessatzung Schleswig-Holstein)

- (1) Delegierte zum Bundesparteitag werden nach folgendem Schlüssel und Verfahren bestimmt:
- (a) Drei Delegierte sowie weitere Ersatzdelegierte zum Bundesparteitag, nicht jedoch zur Bundeswahlversammlung, werden jährlich von einem Landesparteitag gewählt.
 - (b) Alle weiteren dem Landesverband zustehenden Delegierten zum Bundesparteitag werden von den Kreisverbänden bzw. Regionalverbänden gewählt. Die Wahlen finden mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr statt. Jeder Kreisverband bzw. Regionalverband entsendet einen Basisdelegierten.

(c) Pro Kreisverband / Regionalverband wird eine Delegiertenliste in einer festgelegten Reihenfolge bestimmt, wobei Platz 1 der Liste der Basisdelegierte des Kreisverbands bzw. Regionalverbands ist. Diejenigen Delegierten, die auf Grund des Verteilungsschlüssels nicht zum Zuge kommen, sind automatisch Ersatzdelegierte.

(d) Sofern auf Grund des Verteilungsschlüssels der Bundespartei mehr Delegierte als nur die Basisdelegierten zur Verfügung stehen, werden weitere Delegierte aus den Delegiertenlisten der Kreis- bzw. Regionalverbände bestimmt. Die Verteilung der weiteren Delegierten auf die Kreis- bzw. Regionalverbände erfolgt entsprechend der Größe der jeweiligen Mitgliederzahl, wobei die Reihenfolge nach dem Verfahren d'Hondt bestimmt wird. Bei Ranggleichheit entscheidet das Los, wobei die Durchführung des Entscheids dem Landesvorstand in Anwesenheit von Vertretern der betroffenen Kreis- bzw. Regionalverbände obliegt. Delegiertenplätze, die aus der Delegiertenliste eines Kreis- bzw. Regionalverbandes nicht wahrgenommen werden können, werden anderen Kreis- bzw. Regionalverbänden gemäß der ermittelten Rangfolge zugeordnet.

(e) Sofern dem Landesverband auf Grund des Verteilungsschlüssels der Bundespartei weniger als 18 Delegierte zustehen, werden die Delegierten des Landesverbandes insgesamt auf einer Landesliste gewählt. Diejenigen Delegierten, die auf Grund des Verteilungsschlüssels nicht zum Zuge kommen, sind automatisch Ersatzdelegierte. Die Wahl erfolgt auf einem Landesparteitag oder einer gesonderten Mitgliederversammlung.

(2) Die Delegierten des Landesverbandes zu Bundeswahlversammlungen zur EU-Wahl werden für jede Bundeswahlversammlung gesondert entsprechend Absatz (1) c) bis e) durch die Kreisverbände bzw. Regionalverbände bestimmt. Sofern dem Landesverband auf Grund des Verteilungsschlüssels der Bundespartei weniger als Delegierte zustehen als Basisdelegierte an die Kreisverbände bzw. Regionalverbände zu vergeben sind, werden die Delegierten des Landesverbandes insgesamt auf einer Landesdelegiertenliste gewählt.

(3) Die Delegierten und Ersatzdelegierten des Landesverbandes zum Konvent der Landespartei werden mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr von einem Regionalparteitag auf einer Landesdelegiertenliste gewählt. Diejenigen Delegierten, die auf Grund des Verteilungsschlüssels nicht zum Zuge kommen, sind automatisch Ersatzdelegierte.

(4) Delegierte bleiben bis zur Neuwahl im Amt. Jedoch verlieren Delegierte ihren Status durch Rücktritt, Schiedsgerichtsbeschuß oder durch Austritt aus der Partei.

(5) Delegierte und Ersatzdelegierte zum Bundesparteitag und zum Konvent der Landespartei können auf einem Regionalparteitag oder außerordentlichen Regionalparteitag durch eine einfache Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder vorzeitig abgewählt werden.

§ 14 – Das Schiedsgericht

(1) Wo erforderlich, und nach einem vorhergehenden Beschluß, ruft der Regionalvorstand bei Ordnungswidrigkeiten gemäß § 7 dieser Satzung das Landesschiedsgericht Schleswig-Holstein an und beantragt Maßnahmen laut § 7 (4) und (5). Das Nähere regelt die Bundesschiedsgerichtordnung.

(2) Fordert das Landesschiedsgericht den Regionalvorstand zu Stellungnahmen oder Zustellung weiterer Informationen bei einem vom Regionalverband oder eines seiner Mitglieder angestregten Verfahrens auf, so hat der Regionalvorstand dieses innerhalb der vom Schiedsgericht gesetzten Frist bei zu bringen.

(3) Pflichtet der Regionalvorstand einen ergangenen Urteil des Landesschiedsgerichts nicht bei, und läßt das Landesschiedsgericht die Berufung an das Bundesschiedsgericht zu, kann der Regionalvorstand nach einem vorhergehenden Vorstandsbeschuß das Bundesschiedsgericht anrufen. Das Nähere regelt die Bundesschiedsgerichtsordnung.

(4) Wird der Regionalvorstand zu Stellungnahmen oder Zustellung weiterer Informationen vom Bundesschiedsgericht aufgefordert, so hat der Regionalvorstand dieses innerhalb der vom Schiedsgericht gesetzten Frist bei zu bringen.

§ 15 – Lobbyismus, Vorstandsamt und Mandat, Abhängigkeiten und Nebentätigkeiten (Es gilt der nachstehende § 19 der Bundessatzung)

Nebentätigkeiten und Lobbyismus

(1) Abgeordnete der AfD im Europäischen Parlament, Deutschen Bundestag, Schleswig-Holsteinischen Landtag und im Präsidium des Kreistags Schleswig-Flensburg oder als Beigeordneter im Stadtparlament der Stadt Flensburg dürfen während ihrer Zeit als Abgeordnete keine nicht bereits vor Beginn ihrer Abgeordnetentätigkeit ausgeübte bezahlte oder üblicherweise nur gegen Bezahlung ausgeübte Tätigkeit, insbesondere mit lobbyistischem Charakter, übernehmen. Sie sollen ihre vor dem Beginn des Mandats ausgeübte Tätigkeit auf ein angemessenes Maß reduzieren, um sich überwiegend ihrer Abgeordnetentätigkeit widmen zu können. Angemessen ist ein Umfang, der die spätere Rückkehr in den Beruf ermöglicht.

(2) Die in Absatz 1 genannten Abgeordneten sollen drei Jahre nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlament weder ein Beschäftigungsverhältnis mit lobbyistischem Charakter eingehen noch eine im direkten Zusammenhang mit ihrer parlamentarischen Tätigkeit stehende entgeltliche oder üblicherweise entgeltliche Tätigkeit ausüben.

(3) Um eine Nominierung als Kandidat für ein Abgeordnetenmandat soll sich nur bewerben, wer sich vor seiner Kandidatur für die in Absatz 1 genannten Parlamente verpflichtet, die sich aus den Absätzen 1 und 2 ergebenden Verpflichtungen einzuhalten.

(4) Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass ein Abgeordneter der AfD gegen die sich aus den Absätzen 1 und 2 ergebenden Verpflichtungen verstößt, hat der zuständige Vorstand Auskunft über die in den Absätzen 1 und 2 genannten Tätigkeiten zu verlangen, der Abgeordnete jene zu erteilen.

Beschränkung der Abgeordnetenzahl im Regionalvorstand

(5) Im Regionalvorstand sollen höchstens ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags, des Schleswig-Holsteinischen Landtags, des Kreistags Schleswig-Flensburg, des Stadtparlaments Flensburg, Mitglied der Bundesregierung, der Landesregierung, oder Präsidiumsmitglied des Kreistags Schleswig-Flensburg oder Beisitzer des Stadtparlaments Flensburg sein.

(6) Übernimmt ein Regionalvorstandsmitglied eines der vorgenannten Mandate oder Ämter und wird dadurch das Quorum nach Absatz (5) überschritten, endet das Vorstandsamt zum nächstfolgenden Regionalparteitag.

Grundsatz der ehrenamtlichen Parteifunktion

(7) Die Tätigkeit als Mitglied im Regionalvorstand ist grundsätzlich ehrenamtlich. Der Landeskonvent kann in Ausnahmefällen eine angemessene Entschädigung beschließen.

§ 16 – Auflösung und Verschmelzung

(1) Die Aufspaltung, Auflösung oder Verschmelzung des Regionalverbands erfolgt nur durch einen Beschluß des Landesparteitags gemäß Landessatzung.

§ 17 – Satzungsänderung

(1) Änderungen der Regionalsatzung können nur von einer Regionalmitgliederversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden. Ungültige Stimmabgaben und Enthaltungen zählen bei der Berechnung der Mehrheit nicht mit.

(2) Über einen Antrag auf Satzungsänderung kann nur verhandelt werden, wenn er mindestens drei Wochen vor Beginn des Regionalparteitages beim Regionalvorstand eingegangen ist und dies vom Landesvorstand, einem Mitglied des Regionalvorstands oder sieben Mitgliedern beantragt wurde.

(3) Satzungsänderungen, die aufgrund einer Empfehlung einer Behörde der Bundesrepublik Deutschland erfolgen, können auch ohne Wahrung einer Antragsfrist auf der Regionalmitgliederversammlung zur Abstimmung gestellt werden.

§ 18 – Ordnungen

(1) Die Organe des Regionalverbands können Ordnungen beschließen, die diese Satzung ergänzen und weitergehende Regelungen treffen. Diese Ordnungen sind nicht Bestandteil dieser Satzung und dürfen ihr nicht widersprechen. Ordnungen werden mit einfacher Mehrheit beschlossen. Sofern keine eigene Ordnung besteht, sind die entsprechenden Ordnungen der übergeordneten Gliederungen der Partei analog anzuwenden.

§ 19 – Salvatorische Klausel, Inkrafttreten dieser Satzung

(1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der Satzung im Übrigen nicht berührt.

(2) Sofern die Satzung Bestimmungen der Bundes- oder Landessatzung widerspricht, gelten deren Regelungen analog. Das Gleiche gilt auch für Regelungslücken dieser Satzung.

(3) Der Regionalverband verpflichtet sich, die unwirksame oder nichtige Bestimmung zügig durch diejenige wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem rechtlich Gewollten rechtswirksam möglichst nahe kommt.

(4) Die geänderte Satzung tritt mit Beschluß durch die Regionalmitgliederversammlung am 20.07.2023 in Kraft und ersetzt alle früheren Satzungen des Regionalverbands.